



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Fraktionen zu den ÖH-Wahlen 2011.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Fraktionen zu den Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft zwischen 24. und 26. Mai 2011 und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Parteien

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Wahl zur Österreichischen HochschülerInnenschaft wurden wahlwerbende Gruppen eingeladen, die zumindest an sechs Universitäten kandidieren. Dies stellt auch die Grenze für den Zusammenschluss für Listenverbände nach §35a (5) HSG (HochschülerInnenschaftsgesetz) dar.

Eine formelle Nennung der Fraktionen erfolgte von Seiten der Bundesvertretung der ÖH bis 4. März 2011. Folgende Fraktionen konnten somit in der Applikation berücksichtigt werden:

- AG
- GRAS
- VSSTÖ
- FLÖ
- RFS
- KSV
- KSV-LILI
- JULIS

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at

1. Soll die ÖH zu gesellschaftspolitischen Themen (z.B. Fremdenrecht) mehr als bisher öffentlich Stellung nehmen?

AG	Nein	■ ■
Als Interessenvertretung der Studierenden sollte sich die ÖH vorrangig um hochschulpolitische Themen kümmern, wie etwa die Verbesserung der Studienbedingungen.		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Neben selbstverständlicher Serviceleistung wie Skriptenkopieren soll die ÖH eine starke Interessensvertretung sein – dazu gehören Positionierungen zum Fremdenrecht (z.B. Visa für Studierende, Gastprofessuren aus dem Ausland), zur sozialen Absicherung Studierender und gegen jegliche Diskriminierung.		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Wir sehen die Hochschulen nicht als von der Gesellschaft abgekapselten Bereich, sondern als Teil der Gesellschaft. Daher setzt sich der VSStÖ in der ÖH für gesellschaftspolitische Anliegen ein.		

FLÖ	Nein	■
Der Auftrag der ÖH ist primär die Vertretung der Studierenden. Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Themen sind dann notwendig, wenn sie Studierende direkt betreffen, wie etwa das Fremdenrecht ausländische Studierende.		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
--		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Einsparungen in ungekanntem Ausmaß stehen auf der Tagesordnung, während das Geld der Vermögenden und Banken nicht angetastet wird. Die Auswirkungen davon auf alle Lebensbereiche aufzudecken und breite Bündnisse zum Kampf dagegen zu schmieden, heißt gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen.		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Uni ist kein gesellschaftsfreier Raum und die ÖH hat ein allgemeinpolitisches Mandat zu erfüllen. Verstärktes Auftreten zu gesellschaftspolitischen Themen ist eine Notwendigkeit: Studierende sind genauso Migrant_innen, Behinderte, Frauen*. "So wie es ist, bleibt es nicht." (B.Brecht)</p>		

JULIS	Nein	■ ■
<p>Die ÖH sollte kein Ersatzparlament sein, sondern eine Lobby für Studierende. Sie sollte sich dementsprechend auf Hochschul- und Bildungspolitik konzentrieren.</p>		

2. Soll die ÖH das Volksbegehren "Bildungsinitiative" unterstützen und die Studierenden zum Unterzeichnen auffordern?

AG	Ja	■ ■
Das Volksbegehren hat gute Ansätze in puncto Hochschulfinanzierung. Allerdings bietet es noch keine Lösung für sinnvollen, geregelten Zugang zu den Hochschulen.		

GRAS	Nein	■
Das vorliegende Bildungsvolksbegehren ist in vielen Punkten zu vage formuliert. Andere wichtige Themen wie Studiengebühren und der offene Hochschulzugang werden nicht einmal angesprochen. Zusammengefasst: Knapp daneben ist auch vorbei!		

VSSTÖ	Ja	■
Wir finden es gut, dass durch das Volksbegehren eine Diskussion über Bildung gestartet wird. Im Forderungstext der Bildungsinitiative fehlt leider ein klares Bekenntnis zur Gesamtschule und zum offenen und freien Hochschulzugang.		

FLÖ	Ja	■ ■
Auch wenn die Inhalte des Volksbegehrens nicht in allen Details unseren Vorstellungen entsprechen, so ist es doch eine Möglichkeit, das Thema Bildung öffentlich ins Gespräch zu bringen.		

RFS	Nein	■ ■ ■
--		

KSV	Nein	■
Hinter den No-na-net-Forderungen wie 2% des BIP für Bildung, etc. verbergen sich Dinge wie Schulautonomie, die - wie wir an den Unis gesehen haben - die Vorstufe zur Privatisierung ist. Ein Kapitalist wie Androsch, der seine (Standort-)Interessen in ein Volksbegehren gießt, ist nicht unterstützenswert.		

KSV-LILI	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Dieses Volksbegehren enthält keine über das Regierungsprogramm hinausgehenden Forderungen. Die ÖH hat es nicht notwendig der Selbstdarstellung eines sozialdemokratischen Unternehmers oder der Regierung zuzuarbeiten. Für eine radikale Veränderung des Bildungswesens!</p>		

JULIS	Ja	■
<p>Die Forderungen der "Bildungsinitiative" sind ein erster Schritt auf einem langen Weg. Sie ist hilfreich um die Bildungsdiskussion anzuregen und den Druck auf die Politik zu erhöhen.</p>		

3. Soll sich die ÖH von studentischen Protestmaßnahmen wie unibrennt distanzieren?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Ja, denn unibrennt steht für unstrukturierte Proteste mit hohen Sachschäden, die das Image der Studierenden in der Öffentlichkeit verschlechtert haben und die Verhandlungsbasis der ÖH gegenüber der Politik massiv geschwächt haben.</p>		

GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Studentische Protestbewegungen wie #unibrennt zeigen, dass viele Studierende mit ihrer Studiensituation unzufrieden sind. Die Hochschulen müssen in vielen Punkten grundlegend reformiert werden. Es liegt in der Verantwortung der ÖH als studentische Interessensvertretung, diese Proteste zu unterstützen.</p>		

VSSTÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Die #unibrennt-Proteste haben viel bewegt: Seit diesem Herbst ist Hochschulpolitik nicht mehr aus den aktuellen politischen Debatten wegzudenken. Der VSStÖ war an allen Standorten an den Protesten beteiligt, und unterstützt studentische Protestmaßnahmen.</p>		

FLÖ	Nein	■ ■
<p>Die unibrennt Proteste haben gezeigt wie unzufrieden viele Studierende mit der Situation an den Hochschulen sind. Sie haben damit einen wichtigen Teil dazu beigetragen, die Anliegen der ÖH öffentlich zu transportieren. Ein öffentlicher Diskurs kann das leise Kaputtsparen der Bundesregierung stoppen.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Im Gegenteil. Unibrennt war ein wichtiges Ereignis in Österreich, das der Regierung ganz schön Angst eingejagt und an vielen österreichischen Unis eine Reihe von Verbesserungen erreicht hat. Auch wenn keine großen Würfe dabei waren, hat sich gezeigt, dass nur der Protest und Zusammenhalt der Betroffenen die Regierung zum Handeln zwingt.</p>		

KSV-LILI	Nein	■ ■ ■ ■
<p>KSV-LiLi sieht es als eine Kernaufgabe der ÖH, Ressourcen für fortschrittliche, basisdemokratische Kräfte bereitzustellen. Eine Distanzierung von selbstorganisiertem, studentischem Protest wäre ein Armutszeugnis für jede ÖH-Ebene.</p>		

JULIS	Ja	■ ■
<p>Die ÖH ist die offizielle Vertretung aller Studierenden. Hörsaalbesetzungen sollte sie als Protestform ablehnen, weil sie nicht repräsentativ sind, zu Vandalismus führen und unbeteiligte Studierende in ihrem Studienfortkommen behindern.</p>		

4. Soll die ÖH Frauenquoten in Universitätsgremien fordern?

AG	Nein	■
Frauenquoten lösen keine Probleme. Bei Personalbesetzungen muss die Qualifikation und nicht das Geschlecht entscheiden.		


GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Während mehr Frauen als Männer zu studieren beginnen, ist der Frauenanteil bei AbsolventInnen deutlich niedriger. Gerade in Entscheidungspositionen sind Frauen trotz höherer Qualifikation unterrepräsentiert. Die GRAS tritt für Quoten ein, um endlich die "gläserne Decke" zu durchbrechen.		


VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die Diskriminierung von Frauen an den Hochschulen ist strukturell verankert. So gibt es zwar mehr Studienanfängerinnen, aber nur 18% Professorinnen. Diesen Zustand will der VSStÖ verändern, Frauenquoten sind ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung.		

FLÖ	Nein	■ ■
Frauenquoten in universitären Gremien müssen nicht gefordert werden, da es sie bereits gibt. Wichtiger ist es, dass diese Quotenregelungen sinnvoll umgesetzt werden und vor allem, dass zielführendere Maßnahmen zur Frauenförderung an den Universitäten eingeführt werden.		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
--		

KSV	Ja	■ ■
Die Anzahl von Frauen in universitären Berufen und Gremien nimmt nach Höhe der Position ab. Frauenquoten von 50% sind ein wichtiger Schritt um geschlechterbezogene Diskriminierung abzubauen. Aber eine Quote allein kann freilich nicht alles sein!		

KSV-LILI	Ja	
<p>Mehr Frauen in Machtpositionen (wie Rektorinnen, Aufsichtsrätinnen, Chefinnen) ist nicht genug. Es geht uns um die Überwindung aller unterdrückerischen Verhältnisse – Kategorien wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder Klasse sind miteinander verwoben.</p>		

JULIS	Nein	
<p>Universitätsgremien sollten aufgrund von Qualifikation und nicht des Geschlechts besetzt werden</p>		

5. Soll sich die ÖH für Lehrveranstaltungen zu Gender und Geschlechterforschung in allen Studienrichtungen aussprechen?

AG	Nein	■ ■
Studienpläne sollen Wissen über das Fach verpflichtend vermitteln. Andere Themen können über Wahlfächer je nach Interesse abgedeckt werden.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Männlich dominierte Wissenschaft ist auf einem Auge blind. Aspekte der gendergerechten Forschung in allen Wissenschaftsbereichen einzuführen ist unabdingbar.		
VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Feministische Wissenschaft darf nicht Randprogramm sein, sondern muss Teil jedes Studienplans werden. So wird sichergestellt, dass die Hochschulen zu einem Ort gesellschaftlichen Fortschritts werden.		
FLÖ	Ja	■
Neben der Frage nach Geschlechterverhältnissen fehlt in vielen Studienrichtungen auch die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Disziplin, zum Beispiel in Form von Lehrveranstaltung zu Ethik und Risikofolgenabschätzung.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■ ■
Lehrveranstaltungen zu Gender sollen in allen Studienrichtungen und zu "attraktiven" Zeiten angeboten werden. Die Wahl, Lehrveranstaltungen zu Geschlechterforschung zu absolvieren, soll jedoch den StudentInnen selbst überlassen bleiben.		
KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■

Geschlechterverhältnisse durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche, Kritik daran ist daher immer und überall wichtig!

JULIS

Nein



Grundlagen der Geschlechterforschung zu vermitteln ist Aufgabe der Mittelschulen und sollte nicht in die ohnehin schon überfrachteten Hochschullehrpläne gepackt werden.

6. Soll die ÖH den Studierenden verstärkt LV-Mitschriften und Prüfungsfragen zur Verfügung stellen?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Gerade durch vermehrtes Service kann man den Studierenden einen Teil ihres ÖH-Beitrags sinnvoll zurückgeben und ihnen den Uni-Alltag erleichtern.		
GRAS	Ja	■ ■
Serviceleistungen wie Beratung und Skriptenkopieren sind eine selbstverständliche Aufgabe der ÖH. Die ÖH darf sich aber nicht darauf beschränken, sondern muss eine umfassende kritische Interessensvertretung betreiben.		
VSSTÖ	Ja	■ ■
Die Studienbedingungen an den Universitäten sind dank der Unterfinanzierung katastrophal, alle Maßnahmen die Studieren erleichtern, sind daher von der ÖH zu unterstützen.		
FLÖ	Ja	■ ■
Unser Ziel ist es, die unterste Ebene der ÖH, die Studienvertretungen, zu stärken und ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu bieten. Teil dieser Arbeit kann und soll auch ein Angebot an Mitschriften und Prüfungsfragen sein.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Die ÖH soll die Möglichkeit zu Erfahrungsaustausch zwischen StudentInnen in Form von unverbindlichen Treffen oder Foren bieten. Die Bereitstellung von Mitschriften und Ähnlichem gehört einfach zu einer direkten Interessensvertretung!		
KSV-LILI	Ja	■

Die ÖH soll einen Rahmen für selbständigen, unkommerziellen Austausch von Skripten – wie Foren oder Mitschriftenbörsen – schaffen.

JULIS

Ja



Wir sehen die Kernaufgabe der Hochschülerschaften an den einzelnen Hochschulen darin, Studierenden ihr Studium zu erleichtern. Darin ist die Bereitstellung freier Lernmittel ein wichtiger Aspekt

7. Soll die ÖH ihr Beratungsangebot im Bereich psychologischer Betreuung ausweiten?

AG	Ja	■
<p>Falls es hier einen Bedarf gibt, ist das eine mögliche Option. Die psychische Belastung der Mehrzahl der Studierenden ist allerdings - wie Studien beweisen - nicht allzu hoch.</p>		


GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Aufgrund verschlechterter Studienbedingungen und dem erhöhten finanziellen Druck steigt die individuelle Belastung auf Studierende erheblich. Auch der Bedarf nach psychologischer Betreuung an den Hochschulen wird immer höher. Die ÖH soll das bereits bestehende Angebot ausbauen.</p>		


VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Sozialerhebung 2009 hat gezeigt, dass die psychologische Belastung von Studierenden steigt. Folgen sind Burn-Out, Depressionen oder andere psychische Beschwerden. Ein Ausbau der kostenlosen psychologischen Studierendenberatung wäre hier ein wichtiger Schritt.</p>		

FLÖ	Nein	■
<p>Die ÖH ist die gesetzliche Vertretung der Studierenden, für psychologische Betreuung gibt es die psychologische Studentenberatung. Sinnvoll ist es aber, sich für eine Ausweitung des Angebots dieser Einrichtungen einzusetzen.</p>		

RFS	Nein	■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■
<p>Durch die Kombination von Studium, Arbeit, Praktikum oder anderen Aktivitäten ist der psychische Druck oft groß. Selektive Maßnahmen wie Knock-out-Prüfungen, einmalige Prüfungswiederholungen, Voraussetzungsketten und Platzmangel erhöhen diesen Druck. Genügend Beratung für Studierende ist wichtig.</p>		

KSV-LILI	Ja	
<p>Es geht um eine Weitervermittlung an kompetente Stellen – die ÖH kann nur schwer umfassende psychologische Betreuung gewährleisten. Das öffentliche Gesundheitssystem muss ausreichend finanziert werden und psychische Krankheiten als solche ernstnehmen.</p>		

JULIS	Ja	
<p>Hochschulen als Zentren der modernen Leistungsgesellschaft bringen Studierende in Stresssituationen, für deren Management psychologische Beratung sehr hilfreich sein kann. Synergieeffekte mit anderen ähnlichen Einrichtungen sollten natürlich genutzt werden</p>		

8. Soll sich die ÖH für die Einführung von sogenannten "Dualen Studien" einsetzen, die verpflichtende Praktika in Unternehmen vorsehen?

AG	Ja	■ ■
<p>Leider sind immer noch viele Studienpläne sehr abstrakt und theoretisch. Gerade durch praktische Berufserfahrung können sich Studierenden Job-Erfahrung und soft skills aneignen, die am Arbeitsmarkt sehr wertvoll sein können.</p>		

GRAS	Nein	■
<p>Erhöhte verpflichtende Praxisanteile führen zu keiner Verbesserung des Bildungsstandards, sondern steigern den Druck auf Studierende. Flexiblere Studienpläne oder ein verbessertes Angebot für berufsbegleitendes Studieren halten wir für sinnvollere Ansätze für jene, die diesen Praxisbezug wünschen.</p>		

VSSTÖ	Nein	■
<p>Die Hochschulen sollen freie Bildung ermöglichen, ohne den Einfluss der Wirtschaft. Natürlich sollen faire Praktika im Studienplan integrierbar sein um zukünftige Arbeitsfelder kennenlernen zu können.</p>		

FLÖ	Nein	■
<p>Der immer stärkere Einfluss der Wirtschaft auf die Hochschulen (durch Finanzierung oder durch strukturelle Rahmenbedingungen) stellt eine bedenkliche Entwicklung dar. Außerdem führen Pflichtpraktika in den besonders betroffenen Wirtschaftszweigen zu "Social Dumping" und sinkenden Löhnen.</p>		

RFS	Ja	■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■ ■
<p>Die verstärkte Ausrichtung des Studiums an privatwirtschaftlichen Interessen soll nicht durch die ÖH unterstützt werden. Für die Integration von Praxiseinheiten, die Studium und das Arbeiten an gesellschaftliche Problemstellungen verbinden, soll jedoch vermehrt eingetreten</p>		

werden.

KSV-LILI

Nein



Wirtschaftliche Verwertbarkeit und Einflussnahme von Unternehmen ist auf allen Ebenen zurückzudrängen. Dennoch kann und soll Praxis in nicht-kapitalistischen Bereichen erworben werden. Siehe: <http://www.youtube.com/watch?v=2c23jegR44Q> ;-)

JULIS

Ja



Universitäten dürfen keine Elfenbeintürme sein. Gerade in technischen und wirtschaftlichen Studienrichtungen sollte der Kontakt mit der Praxis essentieller Bestandteil des Studiums sein. Natürlich muss die Dualität zusätzlich und nicht statt einer fundierten Basis angeboten werden

9. Soll sich die ÖH dafür einsetzen, dass bereits das Doktorat zur uneingeschränkten Lehre an Universitäten befugt?

AG	Nein	■
Die uneingeschränkte Lehre bringt große Verantwortung mit sich. Die Habilitation und der Weg dorthin bilden eine Qualitätssicherung, deren Standards und Dauern man nicht verkürzen darf.		
GRAS	Ja	■
Für eine fundierte Lehre ist es nicht nötig, eine Habilitation vorzuweisen. Die Qualität der Vortragenden kann auch auf andere Weise sichergestellt werden.		
VSSTÖ	Ja	■ ■ ■
Die Habilitation, die bisher das Lehren ermöglicht, ist eine Barriere, die vor allem auch Frauen an einer wissenschaftlichen Karriere hindert. Lehrende brauchen eine gute pädagogische Ausbildung statt unnötiger Hürden.		
FLÖ	Nein	■
Im Zuge der Doktorarbeit wird die didaktische Eignung nicht überprüft. Trotzdem muss das österreichische System zur Lehrbefugnis reformiert werden.		
RFS	Nein	■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■
Lehrende mit abgeschlossenem Doktorat verfügen über detailreiches Fachwissen und können dieses in einen breiteren Kontext situieren. Die ÖH soll in dieser Hinsicht mit VertreterInnen von Mittelbau und ProfessorInnen zusammenarbeiten. Dadurch können Engpässe in der Lehre leichter behoben werden.		
KSV-LILI	Ja	■ ■ ■

Die Lehrbefugnis mit Doktorat ist international bereits üblich. Das kann jedoch nur ein erster Schritt sein: Es gilt die Trennung von Lernenden und Lehrenden aufzubrechen, sodass Universitäten Orte des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts werden. Nieder mit den Hierarchien!

JULIS

Nein



Wir erachten das Habilitationsverfahren als integralen Bestandteil der Lehrqualifikation.

10. Soll die Direktwahl der Bundesvertretung und Fakultätsvertretung wieder eingeführt werden?

AG	Nein	■
Fakultätsvertretungen sollten personenbezogen sein und kein "Polit-Hickhack" werden, daher sollten keine Listen direkt kandidieren.		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Die Direktwahl ist essentieller Bestandteil der demokratischen Vertretung der Studierenden. Das derzeitige Beschickungssystem führt zu einer extremen Verzerrung – eine Stimme an der Universität Wien ist zum Beispiel viel weniger wert als eine Stimme an einer kleinen Kunstuni.		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die ÖH Bundesvertretung vertritt die Interessen der Studierenden gegenüber der Regierung und ist daher eine wichtige Playerin in der Hochschulpolitik. Daher wäre es nur demokratisch, wenn Studierende auch diese Ebene direkt wählen können.		

FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Seit der Änderung des Wahlmodus bei den ÖH-Wahlen 2005 sprechen wir uns für die Wiedereinführung der Direktwahl aus.		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Das für uns entscheidende Gremium ist die Universitätsvertretung, die Bundesvertretung in ihrer jetzigen Form gehört abgeschafft.		

KSV	Ja	■ ■
Die mit Novellierung des Hochschulgesetzes (HSG 05) in Kraft getretenen Beschränkungen studentischer Mitbestimmung sind rückgängig zu machen. Die Direktwahl auf sämtlichen Organisationsebenen der ÖH bedeutet die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten Studierender und mehr Legitimität der ÖH.		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Das momentane Wahlrecht ist undemokratisch. Für die Bundesvertretung zählen Stimmen von großen Unis deutlich weniger als von kleinen Unis/FHs. Besonders wichtig ist eine Aufwertung der Fakultätsebene – diese kann große Unterstützung zur Vernetzung und Protestorganisation bieten. Her mit einer demokratisierten ÖH!</p>		

JULIS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die JuLis treten für eine Personenwahl auf Studien- und Universitätsebene ein. Dort sollte Service vor Ideologie stehen, Listen sind daher unnötig. Die Bundesvertretung sollte auch direkt aber mittels Listenwahl gewählt werden, da dort über die politische Ausrichtung der Studierenden-Lobby entschieden wird</p>		

11. Soll die Pflichtmitgliedschaft der Studierenden bei der ÖH abgeschafft werden?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Um eine starke Interessensvertretung für Studierende sein zu können, braucht die ÖH eine gesicherte Basisfinanzierung. Außerdem wird den meisten Studierenden durch Service, Skripten, Beratung, Versicherung, etc. ihr ÖH-Beitrag indirekt immer wieder zurückgegeben.</p>		

GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Nur eine gemeinsame Vertretung aller Studierenden stellt sicher, dass die ÖH mit lauter Stimme deren Interessen gut vertreten kann. Die Studierendenbeiträge garantieren die finanzielle Unabhängigkeit der ÖH.</p>		

VSSTÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Die automatische Mitgliedschaft aller Studierenden ermöglicht eine finanzielle Unabhängigkeit der ÖH von der Regierung und Rektorat und ist daher für die Arbeit als Interessenvertretung aller Studierenden unerlässlich.</p>		

FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Die Pflichtmitgliedschaft ist von vitaler Bedeutung für die Interessen der Studierenden. Wäre diese nicht gegeben, würden sich verschiedene Verbände gründen, die Politik könnte sich dann die jeweils genehme Meinung aussuchen.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Ohne die ÖH müssten Studierende sich jedesmal wenn sie unfair behandelt werden einen Rechtsbeistand leisten oder der Unibürokratie bei der Lösung des Problems vertrauen. Die Pflichtmitgliedschaft ist der Garant dafür, dass die Studierenden eine Interessensvertretung haben.</p>		

KSV-LILI	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Österreich ist ein korporatistischer Kammernstaat. Skepsis zu diesem Zustand ist angebracht, dennoch ist eine schlagkräftige Studierendenvertretung notwendig. Eine Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft würde die ÖH schwächen, während bspw. die WKÖ und IV weiterhin der Politik diktieren können.</p>		

JULIS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Industriellenvereinigung und Gewerkschaftsbund beweisen, dass eine Lobby mit freiwilliger Mitgliedschaft mehr Gewicht hat.</p>		

12. Soll die ÖH im Sinne größerer Transparenz alle Daten zur Finanzierung der Fraktionen, insbesondere des Wahlkampfs, auf ihrer Webseite veröffentlichen?

AG	Ja	■ ■
<p>Es ist nur fair, wenn sich Wähler über die Wahlkampffinanzierung informieren können. Rechtlich gesehen ist es allerdings schwierig, da es bundesweit keine "Fraktionen" gibt, seit die Direktwahl 2005 abgeschafft wurde.</p>		

GRAS	Ja	■ ■
<p>Die GRAS veröffentlicht bereits jetzt ihre Wahlkampffinanzien auf der Homepage www.gras.at. Eine Offenlegung der Finanzen aller Fraktionen samt der Geldquellen wäre im Sinne der verstärkten Transparenz sehr begrüßenswert.</p>		

VSSTÖ	Nein	■
<p>Der VSStÖ spricht sich für Transparenz in Budgetfragen aus, auf unserer Homepage findet sich eine Erklärung zu unserem Wahlkampfbudget: http://wahl11.vsstoe.at/2011/04/18/wahlkampf-fur-den-vssto---ein-einblick/. Allerdings werden die Fraktionen nicht über das ÖH Budget finanziert, daher kann die ÖH keine Budgets veröffentlichen, sondern die Fraktionen müssen selber für Transparenz sorgen.</p>		

FLÖ	Ja	■ ■
<p>Als parteipolitisch-unabhängige Studierendenfraktion werden wir von keiner Partei finanziell unterstützt und wünschen uns jedenfalls mehr Transparenz hinsichtlich finanzieller Zuwendungen politischer Parteien an ÖH-Fraktionen.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■
--		

KSV	Ja	■ ■ ■
<p>Durch Transparenz der Finanzierung wird ersichtlich, welche Fraktionen mit welchen Parteien verbunden sind und an welchen programmatischen Inhalten sie sich orientieren. Dies kann als Orientierungshilfe für StudentInnen dienen, die Fraktionen in ein politisches</p>		

Spektrum einzuordnen.

KSV-LILI

Ja



Von "Waffengleichheit" kann bei den Fraktionen keine Rede sein. Fraktionen mit Naheverhältnis zu Parlamentsparteien und Unternehmen verfügen über weit höhere Mittel. Also, Offenlegung, was AG (ÖVP), VSSTÖ (SPÖ), GRAS (Grüne) und RFS (FPÖ) beziehen. KSV-LiLi hat diesbezüglich nichts zu verbergen ;-).

JULIS

Ja



Die Jungen Liberalen stehen für völlige Transparenz. Wir wollen, dass jeder Studierende weiß, was mit seinem ÖH-Beitrag und mit den von der ÖH-verwalteten Mitteln passiert. Wenn die Finanzierung der Fraktionen ebenfalls transparenter gestaltet werden kann, werden wir das unterstützen

13. Sollen Studierende aus Nicht-EWR-Staaten bei den ÖH-Wahlen auch das passive Wahlrecht erhalten?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Jeder ordentliche Studierende sollte selbstverständlich auch als Studierendenvertreter kandidieren dürfen.</p>		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Viele Studierende aus Nicht-EWR-Staaten studieren an den österreichischen Hochschulen und sind in den Studierendenvertretungen aktiv – dass sie selbst nicht für gewählte Positionen kandidieren dürfen, stellt eine Diskriminierung dar. Wer hier studiert, soll wählen und gewählt werden dürfen!</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Alle Menschen, egal woher sie kommen, sollten das Recht darauf haben sich in der ÖH zu engagieren und dafür auch gewählt zu werden.</p>		

FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Das passive Wahlrecht für alle Studierenden ist seit langem eine unserer Forderungen. Es kann nicht sein, dass Studierenden aufgrund ihrer Nationalität das Recht verweigert wird, sich in der Vertretung ihrer KollegInnen zu engagieren.</p>		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Studierende sind weder bei passivem noch aktivem Wahlrecht zu diskriminieren. Studierende aus Nicht-EWR-Staaten sind von denselben zunehmenden schlechten Studienbedingungen betroffen und müssen in der Lage sein politisch an der Universität zu agieren und aktiv für ihre Interessen einzutreten.</p>		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
-----------------	-----------	---------

Es gilt dem herrschenden institutionalisierten Rassismus, der Einteilung von Menschen in Zugehörigkeit/Nichtzugehörigkeit ein Ende zu bereiten. Darüber hinaus fordern wir, dass als einziges Kriterium zur Erlangung der Staatsbürger_innenschaft der Lebensmittelpunkt zählt (also der Hauptwohnsitz).


JULIS


Ja





Die ÖH soll allen Studierenden an österreichischen Hochschulen offen stehen. Die Nationalität darf dabei ebenso wie im übrigen Studium keine Rolle spielen.


14. Soll die ÖH fordern, dass im Universitätssenat ProfessorInnen, VertreterInnen des "Mittelbaus", Studierende und allgemeines Universitätspersonal mit je einem Viertel der Mitglieder vertreten sind?


AG	Nein	
<p>Im Senat geht es mehrheitlich um akademische Entscheidungen, die Studium und Lehre an der Universität betreffen. Warum sollte das nicht-wissenschaftliche Personal (z.B. Reinigungskräfte) bei Studienplanänderungen, etc. mitbestimmen?</p>		


GRAS	Ja	
<p>Wir fordern mehr Mitbestimmung der Studierenden in den Uni-Gremien. Alle Organisationsteile sollen gleichberechtigt vertreten sein und in einem demokratischen Prozess über Studienpläne und ähnliches entscheiden.</p>		


VSSTÖ	Ja	
<p>Studierende machen den größten Anteil an Universitätsangehörigen aus, sind aber in den Gremien unterrepräsentiert. Eine Viertelparität wäre ein richtiger Schritt zu mehr Demokratie, langfristig wäre aber eine gemeinsame Kurie aller Lehrenden sinnvoller.</p>		

FLÖ	Nein	
<p>Das Kuriensystem ist veraltet und muss grundsätzlich hinterfragt werden. In Lehrangelegenheiten fordern wir 50 % Stimmanteil für die studentische Kurie.</p>		

RFS	Nein	
<p>--</p>		

KSV	Ja	
<p>Das ist nur Schritt 1. Schritt 2 ist, den Senat wieder zum obersten Entscheidungsgremium der Universität zu machen, auch in Budgetfragen. Der Universitätsrat als Instrument privatwirtschaftlicher Interessen gehört abgeschafft.</p>		

KSV-LILI	Ja	
<p>Momentan haben die Professor_innen per Gesetz die Mehrheit. Die Viertel-Parität wäre ein kleiner erster Schritt. Eigentlich sollte der Senat das reale Verhältnis der Uni-Angehörigen abbilden: Studierende müssen die Mehrheit stellen. Weiters: Unirat abschaffen! Echte (Räte-)Demokratie jetzt!</p>		

JULIS	Ja	
<p>Die Jungen Liberalen wollen möglichst viel Mitspracherecht der Studierenden an den Hochschulen erreichen.</p>		

15. Sollen Studiengebühren für alle Studierenden wieder eingeführt werden?

AG	Nein	■ ■ ■
<p>Die Hochschulfinanzierung in Höhe von 2% des BIP muss durch die öffentliche Hand und Beteiligung durch Wirtschaft und Unternehmen funktionieren. Erst wenn Finanzierung und Leistung der Universitäten wieder stimmt, kann man über einen studentischen Beitrag nachdenken.</p>		

GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Studiengebühren sind sozial selektiv, führen zu einer enormen Belastung der Studierenden und lösen dabei keineswegs die Finanzprobleme der Universitäten. Die GRAS spricht sich vehement gegen Studiengebühren aus und fordert die Regierung auf, die Universitäten nicht länger auszuhungern!</p>		

VSSTÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Studiengebühren haben zu einem Studienabbruch von 40.000 Menschen geführt und sind eine hohe finanzielle Belastung. Die Finanzierung der Hochschulen muss der Staat ermöglichen, nicht die Studierenden.</p>		

FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Seit Einführung der Studiengebühren fordern wir deren komplette Abschaffung. Der Erlass der Studiengebühren unter bestimmten Umständen, wie er jetzt der Fall ist, kann nur ein Schritt auf dem Weg dazu sein.</p>		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Studiengebühren sind Selektionsmechanismen und benachteiligen ökonomisch schwächere Studierende. Hochschulen müssen durch staatliche Mittel ausfinanziert werden. Eine große Anzahl von Studierenden lebt ohnehin in einer prekären Situation; die wird durch die Wiedereinführung verschärft.</p>		

KSV-LILI	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Es ist ein Gerücht, dass die Studiengebühren abgeschafft wurden. Sie sind für Nicht-EWR-Staatsangehörige und länger Studierende traurige Realität. Unser letztes Wort: 0 Euro! Bildung muss für alle da sein und darf nicht zu einer Dienstleistung oder Ware mutieren.</p>		

JULIS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Studiengebühren können für Qualität und Unabhängigkeit sorgen. Studierende werden vom Bittsteller zum Kunden. Das Modell der JuLis ist zudem sozial gerechter als der status quo, da wir den massiven Ausbau des Stipendiensystems und die Nachlagerung der Gebühren ermöglichen.</p>		

16. Soll mit der Matura der Zugang zu allen Studienrichtungen ohne Zugangsbeschränkungen möglich sein?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Um die Studienbedingungen für jeden Studierenden deutlich zu verbessern und die Qualität der Hochschulen zu steigern, braucht es in überlaufenen Studienrichtungen einen geregelten Zugang. FHs und Medizin-Unis zeigen, dass durch geregelten Zugang die Ausbildung deutlich besser wird.</p>		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die GRAS tritt generell gegen Zugangsbeschränkungen ein. Bereits die Matura stellt eine erhebliche Barriere für viele dar. Der Zugang zur Hochschule sollte erleichtert, und nicht erschwert werden – schließlich hat Österreich bereits jetzt zu wenig AkademikerInnen.</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Matura ist schon eine soziale Hürde, die es zu überwinden gilt: Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten machen wesentlich seltener die Matura als Akademiker_innenkinder. Weitere Zugangsbeschränkungen würden das nur verschärfen. Außerdem brauchen wir im internationalen Vergleich mehr und nicht weniger Studierende.</p>		

FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Wir sprechen uns seit jeher gegen Zugangsbeschränkungen aus und fordern auch weiterhin den Erhalt des offenen Hochschulzugangs.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Matura als Abschluss muss ausreichend sein um ein Studium beginnen zu können. Verpflichtende Kurse oder Eignungsprüfungen vor dem Studium dienen der Selektion von Studierenden, bevor sie sich überhaupt ein Bild vom Studium machen können und wissen, ob es ihren Interessen entspricht.</p>		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Wir sind gegen alle Zugangsbeschränkungen, da sie immer Ausschlüsse produzieren. Auch die Matura als Zugangsbeschränkung soll abgeschafft werden. Universitäten können und sollen für alle da sein!</p>		

JULIS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Keine Hochschule hat unbegrenzte Kapazitäten. Die vorhandenen Studienplätze sollten möglichst fair vergeben werden. Die Hochschulen sollen für die jeweiligen Studienrichtungen spezifische Aufnahmeverfahren entwickeln, um die Chancengleichheit zu gewährleisten</p>		

17. Soll der Anteil von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten an den Universitäten in stark nachgefragten Studienrichtungen begrenzt werden?

AG	Ja	■ ■
<p>In überlaufenen Studienrichtungen sind Quoten wie etwa auf den Medizinischen Universitäten ein notwendiges Übel, um möglichst vielen Österreichern einen Studienplatz zu ermöglichen.</p>		


GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen international sein, ein reger Austausch ist notwendig.</p>		


VSSTÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Österreich hat sich zu einem europaweiten Hochschulraum bekannt und muss auch mit den Konsequenzen umgehen. Statt zu begrenzen wäre es sinnvoller europaweite Lösungen, wie Budgettöpfe, zu verhandeln.</p>		

FLÖ	Nein	■ ■
<p>Auch Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland müssen in Österreich die Chance bekommen eine Ausbildung zu absolvieren, die ihnen in ihrem Herkunftsland nicht offen stehen würde. Außerdem stellt ein Austausch mit ausländischen Studierenden eine große Chance für die österreichischen Hochschulen dar.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■
<p>Es gibt dringendere Ansatzpunkte wie z.B. die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und keinen Grund, Studienplätze zu beschränken. Hier ist die internationale Vernetzung gegen die Ökonomisierung der Bildung sehr wichtig. Ob aus der EU oder nicht: freier Bildungszugang ist ein Menschenrecht!</p>		

KSV-LILI	Nein	
Gegen institutionalisierte rassistische Spaltungen. Es sind genug Ressourcen für alle da.		

JULIS	Nein	
Wir Junge Liberale setzen Qualifikation vor Herkunft. Österreich profitiert vom internationalen Austausch und der Vernetzung, wir sollten sie fördern, nicht verhindern.		

18. Soll die ÖH gegen die durch den Bologna-Prozess eingeführte dreistufige Gliederung des Studiums (Bachelor, Master, PhD) eintreten?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Der Bologna-Prozess ist grundsätzlich ein wichtiger Schritt in Richtung Internationalisierung und Qualitätssteigerung der heimischen Studienrichtungen. Auch wenn er noch nicht optimal umgesetzt ist, ist er ein richtiger Schritt in die Zukunft.</p>		

GRAS	Nein	■
<p>Die dreistufigen Gliederung ist nicht gut umgesetzt und verbesserungswürdig. Angesichts der insgesamt äußerst mangelhaften Umsetzung des Bologna-Prozesses (fehlende Durchlässigkeit und Mobilität zw. den Hochschulen, Verschulung, Ökonomisierung,...) ist die Dreistufigkeit aber nicht das Hauptproblem.</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Gliederung vor allem in Bachelor und Master birgt viele Gefahren mit sich. Sozial Schwächere Studierende und insbesondere Frauen werden vermehrt durch Hürden aus dem Studium gedrängt.</p>		

FLÖ	Nein	■
<p>Zum derzeitigen Zeitpunkt wäre eine übereilte Rücknahme des dreigliedrigen Systems ebenso fahrlässig, wie zuvor seine übereilte Umsetzung. Wichtiger ist es, jetzt an den notwendigen Änderungen zu arbeiten, um den Bologna-Prozess sinnvoll umzusetzen.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Unterwerfung der freien und kritischen Bildung unter die absurden Regeln der Marktwirtschaft muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Der Bologna-Prozess ist der offene Angriff mittels Elitenbildung und Verschlechterung der Studienbedingungen auf die Rechte der Studierenden in ganz EUropa.</p>		

KSV-LILI	Ja	■ ■
<p>Das Bakk schafft vor allem akademisches Prekariat – nicht einmal der öffentliche Sektor erkennt das als gleichwertig an! Zudem: Verschulung, neue Barrieren bei Master und PhD – das Prinzip einer umfassenden Bildung wurde aufgegeben. Übrig bleiben Ausbildung für den Arbeitsmarkt und neue Ausschlüsse.</p>		

JULIS	Nein	■ ■ ■
<p>Die JuLis stehen voll und ganz hinter dem Bolognaprozess. Allerdings war die Umsetzung in Österreich äußerst mangelhaft, natürlich lehnen wir Verschulung und Bürokratisierung ab.</p>		

19. Soll sich die ÖH für neue zweckgebundene Steuern (z.B. Vermögenssteuer) zur Hochschulfinanzierung aussprechen?

AG	Nein	■ ■
<p>Österreich hat bereits einen der höchsten Durchschnittssteuersätze, der den Mittelstand extrem belastet. Geld für Hochschulfinanzierung könnte man besser aus milliardenschweren Infrastrukturprojekten und Pensionsprivilegien holen als aus einer neue Belastung der Steuerzahler.</p>		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Einführung neuer Steuern zur Finanzierung des maroden Hochschulsystems ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch sollen diese neuen Steuern vermögensbezogen sein und nicht alle Einkommen gleichermaßen belasten. Die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer wäre z.B. äußerst sinnvoll.</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>In Österreich wird Vermögen kaum besteuert. Dabei wäre es nur gerecht, wenn die Reichsten auch einen Beitrag für die Gesellschaft leisten- eine solche Vermögenssteuer könnte dann für die Finanzierung der Hochschulen dienen.</p>		

FLÖ	Nein	■
<p>Wissenschaft, Forschung und Bildung sind ein allgemeingesellschaftliches Gut. Eine zweckgebundene Steuer würde die Politik aus der Verantwortung nehmen und den Sektor degradieren.</p>		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Es bieten sich hier zahlreiche Möglichkeiten, die Umverteilung von unten nach oben in ihr Gegenteil umzukehren: Spekulationssteuer, Stiftungen, Kapitaleinkünfte, Banken- und Konzerngewinne,... Das Geschwafel vom fehlenden Geld ist eine Lüge – das Geld ist da,</p>		

nur liegt es in den falschen Händen!

KSV-LILI

Nein



Ein Bildungssystem ohne soziale Ausschlüsse ist eine allgemeine Grundaufgabe der öffentlichen Hand. Deshalb soll sie aus allgemeinen Steuern finanziert werden. Die Wiedereinführung von Vermögenssteuern, verstärkte Besteuerung von Profiten schlagen wir als mögliche neue Steuern vor.

JULIS

Nein



Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen neue Massensteuern aus. Die österreichischen Hochschulen sollen durch Drittmittel, Studiengebühren und eine andere staatliche Ausgabenstruktur mehr Mittel erhalten.

20. Sollen Universitätsinstitute vermehrt durch Sponsoren aus der Privatwirtschaft finanziert werden?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Der internationale Vergleich zeigt, dass durch vermehrte Unterstützung der Wirtschaft die Qualität der Universitäten profitiert. Gerade im technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereich gibt es hier viel Potential.</p>		

GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Eine vermehrte Finanzierung durch die Privatwirtschaft führt zu einer Reduktion der Unabhängigkeit der Institute und deren Forschung. Diese muss jedoch gewahrt werden und darf nicht vom Geldfluss einzelner Unternehmen, denen bestimmte Ergebnisse nutzen/schaden, abhängig gemacht werden.</p>		

VSSTÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Der Einfluss der Wirtschaft auf die Forschung wird durch die Förderung durch Private erhöht. Die Forschung muss aber frei von finanziellen Abhängigkeiten sein, um objektive Ergebnisse liefern zu können.</p>		

FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Forschung und Wissenschaft sind ein öffentliches Gut, das vom Staat finanziert werden muss. Nur staatliche Finanzierung garantiert freie und unabhängige Forschung.</p>		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Der Einsatz von universitärer Forschung im Interesse der Wirtschaftsmächtigen ist Realität. Kritische Forschung und Wissenschaft kann nur abseits der kapitalistischen Verwertungslogik passieren. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss auch dementsprechend behandelt und finanziert werden!</p>		

KSV-LILI	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Gegen Kommerzialisierung und Vermarktlichung der Unis, gegen Einfluss der Privatwirtschaft auf Forschung, Lehrinhalte und Lehrstühle. Wissenschaft und Lehre müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden – unter den gegebenen Verhältnissen ist so eher kritische Arbeit möglich.</p>		

JULIS	Ja	■ ■
<p>Kooperationen mit der Privatwirtschaft sind in vielen Studienrichtungen wünschenswert. Private Drittmittel dürfen aber niemals Ersatz für staatliche die Grundfinanzierung der Hochschulen sein.</p>		

21. Soll Familienbeihilfe direkt an die Studierenden statt wie bisher an deren Eltern ausgezahlt werden?

AG	Ja	■ ■
Es ist absurd ab dem 18. Lebensjahr von einer Familienbeihilfe zu sprechen. Das Geld sollte als Studienbeihilfe direkt an den erwachsene Studierenden ausbezahlt werden.		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Die GRAS setzt sich dafür ein, dass Studierende die ihnen zustehenden Beihilfen direkt ausbezahlt bekommen. Der Umweg über die Eltern verstärkt die Abhängigkeit, führt häufig zu Schwierigkeiten beim Zugang zum vollen Betrag und widerspricht der Auffassung von Studierenden als mündige Personen.		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Der VSStÖ fordert die Umwandlung aller Familienleistungen (Familienbeihilfe, Kinderfrei- und absetzbetrag) in eine Grundsicherung von 250 €, die altersunabhängig an alle Studierenden ausgezahlt wird.		

FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Durch die derzeitige Auszahlung der Familienbeihilfe an die Eltern kommt sie in vielen Fällen nicht den Studierenden, denen sie zustehen würde, zugute.		

RFS	Ja	■ ■ ■ ■
--		

KSV	Ja	■ ■
Da wir Studierende als mündige Menschen betrachten, ist es natürlich sinnvoll, diesen die Beihilfe direkt zukommen zu lassen. Wichtiger als diese Frage ist allerdings der Kampf für eine Rücknahme aller bisherigen Kürzungen und für den Ausbau eines vernünftigen Unterstützungssystems.		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
-----------------	-----------	---------

Wir sind gegen Abhängigkeiten, Druck, Kontrolle und alle anderen möglichen repressiven Erscheinungen innerhalb der patriarchalen Familie.

JULIS

Ja



Man sollte aufhören, einem überkommenen Familienbild nachzuhängen. Studierende sind erwachsene und mündige Mitglieder der Gesellschaft.

22. Soll ein Grundstipendium für alle Studierenden unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern eingeführt werden?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Ein Grundstipendium ohne Leistungszwang ist sozialistische Gießkannenpolitik. Es sollte mehr Unterstützung für schnelle und erfolgreiche Studierende geben, unabhängig von Einkommen der Eltern.</p>		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Wir fordern die Einführung eines Grundstipendiums für alle Studierenden. Deren finanzielle Absicherung muss gewährleistet sein – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es ist nicht einzusehen, dass Studierende als einzige Bevölkerungsgruppe vom Bezug der Mindestsicherung ausgeschlossen sind.</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Der VSStÖ fordert als langfristiges Ziel die Einführung eines Grundstipendiums von 800 Euro im Monat für alle Studierenden, finanziert durch eine Vermögenssteuer, damit Studieren keine Frage der Leistbarkeit mehr ist.</p>		

FLÖ	Ja	■ ■ ■
<p>Ein Grundstipendium ermöglicht allen Studierenden unabhängig von der Unterstützung ihrer Eltern zu studieren.</p>		


RFS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		


KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Gerade angesichts massiver Einschnitte in die Lebensverhältnisse der Studierenden tut das als eine tatsächliche Existenzsicherung im Sinne einer aufgewerteten Familienbeihilfe Not. Studieren darf nicht arm machen und der Schutz vor Armutsgefährdung muss auf jeden Fall gegeben sein.</p>		


KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
Durch ein ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle würde jedoch ein Grundstipendium hinfällig. Weniger Druck, Stress und Leistungszwang, Möglichkeiten zur kreativen Entfaltung und Entwicklung von Wissen und Gesellschaftskritik - why not?		


JULIS	Nein	■ ■ ■ ■
Die Leistungs- und Sozialstipendien im JuLis-Modell werden den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Studierenden gerechter.		

23. Soll sich die ÖH dafür einsetzen, dass Mensen verpflichtend mehr Bio-Nahrungsmittel und zumindest ein vegetarisches Menü anbieten?


AG	Ja	
Da die Qualität der meisten Mensen sowieso zu wünschen übrig lässt, können Bio-Produkte hier nur förderlich im Sinne besserer Qualität der Speisen sein.		


GRAS	Ja	
Die GRAS fordert gesundes, biologisches und vielfältiges Essen an den Mensen, mit einem ausreichenden Angebot an vegetarischen und veganen Speisen. Neben einer gesunden Ernährung rücken damit auch soziale und ökologische Aspekte in den Fokus.		

VSSTÖ	Ja	
Bio-Nahrungsmittel sind ein wichtiger Faktor beim Thema Nachhaltigkeit. Das Essen in den Mensen darf dadurch aber auf keinen Fall teurer für die Studierenden werden.		

FLÖ	Ja	
An vielen Hochschulstandorten sind die Mensen die einzige Möglichkeit, günstig zu essen. Manche gute Beispiele zeigen, dass es sehr wohl auch möglich ist, als Mensa qualitativ hochwertiges Essen anzubieten.		

RFS	Nein	
--		

KSV	Ja	
"Bio" als Marketing-Gag ist schon längst von den Unternehmen aufgegriffen worden, die am aggressivsten neue Märkte erobern und ganze Länder aushungern. Die Illusion von fairem Handel kann eine faire Weltwirtschaft nicht ersetzen.		

KSV-LILI	Ja	
-----------------	-----------	---

Bio ist ein Label, die gesamte Produktion muss ökologisch und sozial an Bedürfnissen der Menschen, nicht an Profit und Wachstum, ausgerichtet sein. Ökologische und soziale Verhältnisse müssen zusammengedacht werden.

JULIS

Nein



Die völlig unterschiedlichen Ernährungswünsche der Studierenden können nicht in ein Regelwerk gepackt werden. Wenn die Mensen ökonomisch geführt werden, wird die Nachfrage automatisch für Vielfalt in der Auswahl sorgen.

24. Soll sich die ÖH stärker für selbstverwalteten Raum auf Universitäten einsetzen?

AG	Nein	■
<p>Wenn "selbstverwalteter Raum" ähnlich wie "unibrennt besetzte Hörsäle" zu verstehen ist, ist hier kein Nutzen für die Studierenden zu erkennen.</p>		

GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die GRAS fordert mehr Freiraum für Studierende an den Universitäten. Selbstverwaltete Räumlichkeiten ohne Konsumzwang sind eine der Voraussetzungen, sich an der Universität wohl zu fühlen und sich zu vernetzen.</p>		

VSSTÖ	Ja	■ ■
<p>An vielen Unversitäten gibt es kaum Möglichkeiten sich konsumfrei aufzuhalten um zum Beispiel ein Referat vorzubereiten. Dafür sind selbstverwaltete Räume auf den Hochschulen eine gute Möglichkeiten.</p>		

FLÖ	Ja	■
<p>Die Universität ist nicht nur Lern- sondern auch Lebensraum. Dieser muss auch abseits von Hörsälen Platz für Begegnungen und zum Denken bieten.</p>		

RFS	Nein	■ ■ ■ ■
<p>--</p>		

KSV	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Zur Organisation von Studierenden-Initiativen, zur Sammlung von Protest, zur gemeinsamen Vorbereitung und wegen vielen weiteren Punkten ist ein selbstverwalteter Raum notwendig. Ein breiter und offener Zugang aller Studierenden dazu ist zu gewährleisten.</p>		

KSV-LILI	Ja	■ ■ ■ ■
-----------------	-----------	---------

Eine der Hauptaufgaben der ÖH soll es sein, den Rahmen und die Ressourcen zu schaffen für selbstermächtigtes Handeln, gemeinsames Lernen, Diskutieren, Kämpfen und Feiern. A revolution we can dance to!

JULIS

Nein



Natürlich setzen wir uns für mehr Lernräume und Aufenthaltsräume an den Hochschulen ein. Sie sind kein Geschenk an die Studierenden, sondern integraler Bestandteil eines Universitätsgebäudes und sollten daher ganz normal vom regulären Facility Management betreut werden.